

tholiken *Adolfo Perez Esquivel*, Friedensnobelpreisträger und Leiter von „Servicio Paz y Justicia“, unterhält die Bischofskonferenz keinerlei Kontakte. Nur einzelne Bischöfe gratulierten zur Verleihung des Nobelpreises. Schwer wiege auch der Gedanke, „daß, hätten wir kräftiger eingegriffen, manches Leben noch zu retten gewesen wäre“. Bischof Novak kennt aus seiner Arbeit in der Menschenrechtsorganisation Anwälte, nicht praktizierende Christen, die sich für die Verschwundenen einsetzten und dann selbst verschwanden; ungetaufte Märtyrer mit dem rechten Sinn für Menschenwürde seien darunter. Es werde letztlich nicht schaden, wenn Licht in dieses dunkle Kapitel komme, meint der Bischof, denn die Wahrheit sei immer gesund.

Die Aufgaben werden nicht leichter

Die Diktatur hat auch in anderen Bereichen Schaden angerichtet, den kirchliche Pastoral und Caritas mittragen müssen. Zu den *Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs* zählt die Hungersnot unter einem Teil der Bevölkerung (die Kirche unterhält sogenannte Volksküchen) und das beträchtliche Ansteigen des *Analphabetentums*. Wie viele schulpflichtige Kinder der Schule in den letzten Jahren systematisch ferngeblieben sind, durfte nicht veröffentlicht werden. Bei einer vor drei Jahren durchgeführten staatlichen Umfrage war es verboten, die tatsächliche Hauptursache für das Fernbleiben von der Schule, die wirtschaftliche Notsituation, als Grund anzugeben. Da es ohnehin zu wenig Elementarschulen gibt, sind die vorhandenen überfüllt und funktionieren zum Teil in drei

Schichten täglich zu je zwei bis drei Stunden. Übermüdete und unterernährte Kinder, ungebildet und mit niedrigem Intelligenzquotienten sind, so Bischof Novak, die traurigste Konsequenz und die Saat der Diktatur, deren ideologisches Rüstzeug, die Doktrin der nationalen Sicherheit, auch auf solche Langzeitwirkungen setze.

Innerkirchlich hat auch unter dem starken politischen Druck und der wirtschaftlichen Notlage im Volk eine Annäherung von Bischöfen und Klerus stattgefunden. Der Priesternachwuchs nimmt zu, die Zahl der Seminaristen stieg von 516 im Jahre 1976 auf 1424 im Jahre 1982. Eine Gesamtpastoral für das Volk findet in einigen Diözesen statt. Die Mehrzahl der Priester und Ordensfrauen haben die in Puebla getroffene „vorrangige Entscheidung für die Armen“ angenommen. In einigen wenigen der sechzig argentinischen Bistümer gibt es kirchliche Basisgemeinschaften. Die Bischöfe lassen das Engagement ihres Klerus zu, vorantreiben tun es nur wenige. Empfindlicher reagiert der Episkopat auf gesellschaftliche Entwicklungen, die kirchlichen Moralvorstellungen zuwiderlaufen. So argwöhnen die Bischöfe, die laizistisch geprägte Radikale Partei Alfonsíns könne darangehen, die Ehescheidung wieder einzuführen oder sogar die Abtreibungsgesetzgebung zu lockern. „Die Kirche“, so schreiben die Bischöfe in ihrer jüngsten Erklärung, „ist in der Geschichte unseres Vaterlandes immer gegenwärtig und um größere Menschlichkeit bemüht gewesen. Jetzt gibt sie durch uns der Freude Ausdruck über die Rückkehr zum Rechtsstaat...“ Leichter wird die Kirchenführung für die argentinischen Bischöfe unter einem demokratischen Regime nicht werden.

Gabriele Burchardt

Stabilität mit Fragezeichen

Kenia nach den Wahlen

Um mehr als ein Jahr vorgezogene Parlamentswahlen – so lautete das Heilmittel, das Präsident *Daniel Arap Moi* seinem Land Kenia verordnete und von dem er sich die Möglichkeit versprach, eine *loyalere und effizientere Regierung* zu schaffen, mit „neuen Köpfen für Parlament und Ministerien“ (vgl. *Le Monde*, 28. 9. 83).

Die Entscheidung, noch vor Ablauf der Legislaturperiode Neuwahlen anzusetzen, traf Präsident Moi am 17. Mai dieses Jahres. Mit dieser Ankündigung unterstrich er seine Entschlossenheit, die von „böartigen Leuten“ verursachten Mißstände in der Regierung zu beheben. Erstmals am 8. Mai hatte der Präsident öffentlich von einem „Komplot“ gesprochen, in das „ausländische Mächte“ und „eine bestimmte Person“ in Kenia verwickelt seien. Moi beließ es zunächst bei allgemein gehaltenen Bemerkungen über die enttäuschenden Leistungen einiger Minister und Funktionsträger im Staatsdienst. Bis zum Wahltag versprach er, den Staatsdienst einer gründlichen Säuberung

zu unterziehen, und begann damit, indem er den Minister für Verfassungsfragen, *Charles Njonjo* entließ.

Inzwischen, nach der Wahl vom 26. September, stellt sich die Frage, inwieweit die Brandmarkung des früher sehr angesehenen und heute noch beliebten Njonjo nicht Moi selbst schaden wird. Denn die von Moi erwartete „Abrechnung“ mit Njonjo fand nicht statt: „In Njonjos Wahlkreis gewann mit schon unanständig hoher Mehrheit ein Njonjo-Anhänger, ... höchstens zwei der ‚durchgefallenen‘ Minister hatten ihm besonders nahe gestanden“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 9. 83).

Aber damit nicht genug: Von einer Abwahl zahlreicher der bisherigen Abgeordneten, wie Moi es gewünscht hatte, kann keine Rede sein, zwei Drittel der 153 Abgeordneten und 19 der 23 Minister wurden bestätigt, ebenso drei Viertel der mehr als 50 stellvertretenden Minister. Ohnehin war das Interesse der insgesamt 7,2 Millionen Wahlberechtigten vergleichsweise gering: hatte die *Wahl-*

beteiligung früher 50 bis 70% erreicht, so lagen die Angaben jetzt zwischen 40 und 50%. Drei Schlüsse kann man daraus ziehen. Entweder die, die Wähler sind apathisch, an Politik nicht interessiert. Oder sie haben resigniert, weil sie nur über die Karriere einzelner Politiker, nicht aber über politische Grundsätze entscheiden können, oder aber sie wollen dem Präsidenten die Verantwortung nicht abnehmen.

Ein Land mit Sonderstellung

Gerade am spannungsreichen Horn von Afrika galt Kenia immer als ein Ordnungsfaktor und als berechenbare Größe. Der gute Ruf zog Geschäftsleute aus aller Welt an, er machte Kenia zu einem beliebten *Urlandsland* und zu einer sicheren Bank für *Investoren*. Als „*Musterknabe*“ galt die ostafrikanische Republik auch dann noch, als sich mit dem Verfall der Weltmarktpreise für Kenias wichtigsten Exportartikel Kaffee die *wirtschaftliche Misere* abzuzeichnen begann, welche die Klassengegensätze zwischen einer kleinen wohlhabenden Elite und der großen Masse der Armen scharf hervortreten ließ. Korruptionsaffären erschütterten die Glaubwürdigkeit eines Systems, dessen Repräsentanten gegen die aufkommende Unzufriedenheit nur ein Mittel wußten: Härte. Als sich im Sommer 1982 die Gründung einer sozialistischen Oppositionspartei um den früheren Vizepräsidenten *Oginga Odinga* und den ehemaligen Abgeordneten *George Anyona* abzuzeichnen begann, ließ die Regierung per Verfassungsänderung den *Ein-Parteien-Staat* erklären. Mit dem Putschversuch, den Teile der Luftwaffe am 1. August des vergangenen Jahres unternahm, hatte allerdings kaum jemand gerechnet.

Er hat trotz seines Scheiterns deutlich werden lassen, daß sich in der ostafrikanischen Republik ein Unruhe-Potential von ungeahnter Explosionsgefahr angesammelt hat (vgl. *Le Monde*, 23. 10. 82), das sich insbesondere in einem Ausbruch von *Rassenhaß gegen die indische Minderheit* Luft verschaffte. 97% der Bevölkerung sind Afrikaner, von denen wiederum 66% Bantustämmen angehören; der größte Einzelstamm sind die *Kikuyu*. An zweiter Stelle steht der nilotische Stamm der *Luo*; sie gehören zur zweitstärksten Völkergruppe der Niloten (etwa 30%), zu denen auch verschiedene Nomadenvölker (Massai, Turkana) gerechnet werden. Der Sprachgruppe der *Kuschiten* gehören die restlichen 4% an.

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahre 1963 setzte zunächst eine Afrikanisierungspolitik der Regierung ein. Hierbei sollten vor allem *Indier und Pakistani*, die keine kenianische Staatsangehörigkeit annehmen wollten, nach Schätzungen ca. 120 000 von 200 000, das Land verlassen. Doch als Großbritannien sich weigerte, diese Bürger mit britischem Paß aufzunehmen und auch Indien und Pakistan nur wenigen Aufnahme gewährten, konnte ein Großteil im Land bleiben; heute sind sie ganz aus den ländlichen Gebieten verdrängt und nur auf die großen Städte konzentriert.

Der bereits zu Lebzeiten legendäre erste Präsident des Landes, *Jomo Kenyatta*, hat während seiner Amtszeit von 1963 bis zu seinem Tod 1978 versucht, die Nation mit der Losung „*Harambee*“ („Alle zusammen“) zu einigen, ohne die Vormachtstellung seiner *Kikuyu* anzutasten. Schon lange bevor Kenia unabhängig wurde, war Kenyatta der unbestrittene Führer des kenianischen Nationalismus und seiner Organisation, der anfangs nur aus *Kikuyu* bestehenden „*Kenya Africa Union*“, die 1944 gegründet worden war und direkter Vorläufer der „*Kenya African National Union*“ (*Kanu*) ist, der heutigen Einheitspartei des Landes.

Schon in den letzten Jahren seiner Regierungszeit hatte Kenyatta die Staatsgeschäfte mehr und mehr in die Hände seiner Minister gelegt, die ihre Ressorts selbstverantwortlich leiteten. Im Hintergrund aber war immer seine ordnende, starke Hand zu spüren; alle großen Entscheidungen traf er allein. In der Wirtschaftspolitik hatte er schon früh den „*Sozialismus*“ verkündet (vgl. *HK*, November 1975, 570 f.), doch zeigte sich, daß er mit diesem Wort nur dem afrikanischen Zeitgeist Rechnung tragen wollte. Kenia blieb ein kapitalistisches Land, das in Afrika nur von zwei anderen sich offen zum Kapitalismus bekennenden Ländern erreicht oder übertroffen wurde: Südafrika und die Elfenbeinküste.

Landmangel bei hohem Bevölkerungswachstum

Das politische Spektrum Kenias ist seit der Ausschaltung der Opposition offiziell von der *Kanu*-Partei bestimmt. Tatsächlich aber herrscht der *Kikuyu-Stamm*. Die *Kikuyu* gelten als fleißig; manche behaupten, sie seien geldgierig. Diese Eigenschaften, die in afrikanischen Augen einer europäisch-kapitalistischen Einstellung ähneln, sind unter den Stämmen im östlichen oder südlichen Afrika nahezu einmalig. Die Zahl der *Kikuyu*, die es in den Jahren seit 1963 zu Millionären gebracht haben, wird auf mehrere hundert geschätzt.

War „*Harambee*“ das Schlüsselwort für Kenyattas Politik, so preist sein Nachfolger *Daniel Arap Moi* „*Liebe, Frieden und Einheit*“ als seine „*Nyayo*“-*Philosophie* (*Nyayo* bedeutet zunächst „Nachfolge“ im Vermächtnis Kenyattas, heute aber ausschließlich Loyalität zu *Moi*). Beim Tod Kenyattas im August 1978 war klar, daß von den möglichen Nachfolgeaspiranten keiner auch nur annähernd über das Charisma verfügte, das den „weisen alten Mann“ zur Symbolfigur gemacht hatte. Auf ihn mußte ein Politiker folgen, dessen Startposition durch die realen Machtverhältnisse in der Führungsschicht bestimmt war (vgl. *Neue Zürcher Zeitung*, 4. 11. 78). Das Experiment schien mit der Wahl *Mois* fürs erste geglückt. Der Tribalismus, gegen den zu kämpfen sich *Moi* wie bereits sein Vorgänger vorgenommen hat, ist zwar längst nicht überwunden. Die zum Teil einflußreichen *Stammesorganisationen* wurden 1980 im Interesse der Nationalen Einheit aufgelöst. Die *Kikuyu*-Organisation war vor allem eine lu-

krative Holding-Gesellschaft mit riesigem Grundbesitz und zahlreichen Fabriken, die jetzt unter geänderter Regie weiterbesteht. Moi hat auch versucht, Angehörige der kleinen Stämme, insbesondere den eigenen (Kalenjin), vermehrt in Staatsposten zu bringen und vernachlässigte Gebiete, vor allem den Norden und Westen des Landes, besser zu entwickeln.

Kenias soziales Problem ist eng mit dem demographischen verbunden: das Land hat mit knapp 4% *Bevölkerungswachstum* die höchste Zuwachsrate der Welt; etwa 47% der Gesamtbevölkerung von 16 Millionen Einwohnern sind jünger als 15 Jahre. In den Städten nimmt die Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten rapide zu: 260 000 strömen jährlich neu auf den Arbeitsmarkt. 1980 wurden aber z. B. nur 33 500 Arbeitsplätze geschaffen.

Die schwierigsten Probleme Kenias liegen nicht in den Städten: Trotz zunehmender Industrialisierung und dem Anwachsen der Städte leben immer noch fast 90% der Bevölkerung auf dem Land. Die *unterschiedliche Bodenqualität und Regenmenge* (nur knapp 20% der Gesamtfläche sind landwirtschaftlich nutzbar) schlagen sich in der *Bevölkerungsdichte* nieder, so daß es in den fruchtbaren Gebieten zu Ballungen kommt. Zum einen ist dort die Bevölkerung teilweise so angewachsen, daß wegen *Landmangel und Bodenerosion* die Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Zum anderen werden über weite Strecken nur sogenannte „Cash Crops“ angebaut, d. h. Zuckerrohr, Kaffee oder Tee. Die dafür verwendete Fläche fällt für den Anbau von Grundnahrungsmitteln weg.

Unzureichende und einseitige Ernährung führt zu zahlreichen Mangelkrankungen; in den regenreichen Niederungsgebieten ist die Schlafkrankheit verbreitet. Die *medizinische Versorgung* vor allem der Landbevölkerung ist trotz großer Anstrengungen aber immer noch unzureichend. Die ambulante sowie die stationäre Behandlung für Kinder ist allerdings kostenlos und für dringende Fälle besteht ein „Flying Doctor Service“.

Große Bemühungen unternimmt die kenianische Regierung im Bereich der *Volksbildung*. Nach der Unabhängigkeit wurden die bisher bestehenden Schulsysteme für Europäer, Afrikaner, Inder und Araber in ein einheitliches öffentliches Schulsystem zusammengeschlossen. Es besteht Schulpflicht vom 7. bis zum 15. Lebensjahr. Da seit 1974 der Schulbesuch bis zur vierten Klasse kostenlos ist, nahm der Schulbesuch schlagartig zu. Nahezu 90% der Kinder unter 12 Jahren gehen inzwischen zur Schule. Es gibt aber noch beträchtliche regionale Unterschiede.

Am Ende des „Boom“

Die relativ gute Ausbildung der Kenianer kann aber nichts daran ändern, daß Arbeitsplätze in Kenia knapp und Massenentlassungen in letzter Zeit keine Seltenheit sind. Eine Analyse der Wirtschaftssituation im nachkolonialen Kenia zeigt eine wellenförmige Bewegung. Die ersten 10 Jahre waren von beträchtlichen Wachstumsraten von sechs bis sieben Prozent bei mäßiger Inflation und stei-

genden Einkommen gezeichnet. Es folgte ein katastrophaler Einschnitt von 1973 bis 1975, ausgelöst durch die Ölkrise. Das Wachstum sank auf Null, und die Inflation erreichte in zwei Jahren eine Höhe von 13% (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 4./5. 6. 78). 1976 setzte dann wieder ein Aufschwung ein, der Kenia hohe Wachstumsraten brachte, aber von kurzer Dauer war.

Als Folge schlechter Wetterbedingungen 1979 und Anfang 1980 ging die für Kenias Wirtschaft entscheidende landwirtschaftliche Produktion, darunter *Kaffee, Tee und Sisal* um 1,3% zurück. Große Mengen an *Mais*, dem Grundnahrungsmittel des Landes, mußten importiert werden, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Inzwischen ist dank besserer Wetterbedingungen zwar die Selbstversorgung mit Mais wieder gesichert, aber der *Zerfall der Weltmarkt-Preise* für Kaffee und Tee trifft die kenianische Landwirtschaft an ihrem entscheidenden Lebensnerv.

Die *strukturellen Schwächen* der kenianischen Landwirtschaft sind keineswegs beseitigt. Nicht einmal 20% der Bodenfläche sind nutzbar und immer mehr Familien haben selbst für die Subsistenz nicht mehr genug Land, das allerdings noch besser verteilt werden könnte. Die *Ankaufspreise* halten, wie die Regierung selbst zugibt, nicht Schritt mit den gestiegenen Produktionspreisen der Bauern (vor allem bei Dünger und Pestiziden). Eine von der Regierung angeordnete „Durchforstung“ der Buchhaltungen der vielen kleinbäuerlichen Genossenschaften brachte außerdem gewaltige Mißstände zutage, die von bloßer Unfähigkeit und Mißwirtschaft bis hin zur Veruntreuung von Genossenschaftsgeldern in Milliardenhöhe reichten (vgl. Neue Zürcher Zeitung, 22./23. 3. 82).

Zu nennenswerten *ausländischen Investitionen* im Industriesektor ist es in den letzten Jahren nicht mehr gekommen: die Bautätigkeit ist zurückgegangen. Weitergeführt wurden vor allem mit internationalen Krediten finanzierte Infrastrukturanlagen. Trotz *rückläufiger Touristenzahlen* expandiert auch das Hotelwesen; das Bettenangebot steigt noch, die Belegung aber nimmt ab. Die Verlagerung der Akzente von der Importsubstitution zur Exportindustrie war kein großer Erfolg: mangels eigener Rohstoffe und Technologie müssen zu viele Halbfabrikate eingeführt werden, so daß die eigenen Produkte – mit Ausnahme der Konserven – kaum konkurrenzfähig sind und sich auf dem Inlandmarkt nur dank staatlichem Protektionismus halten können. Das bürokratische und korruptionsanfällige System der Importlizenzen hat Produktivität und Auslastung reduziert. Durch den Zerfall der ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (1977) und die Schließung der tansanischen Grenze sowie wegen der Unruhen oder der unterschiedlichen Wirtschaftssysteme in den Nachbarländern hat Kenia zudem einen wichtigen Regionalmarkt verloren.

Aber trotz einer manchmal verwirrenden Wirtschaftspolitik, die oft mehr auf bürokratischen Fehlentscheidungen beruht als auf Mangel an gutem Willen, erfreut sich Kenia weiterhin einer *ausreichenden Kreditwürdigkeit* beim Inter-

nationalen Währungsfond, der EG und seinen wichtigsten Wirtschaftspartnern (Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, USA).

Beachtliche Entfaltung des Christentums

Verschiedene Faktoren haben die Arbeit der Missionare in Kenia erschwert, z. B. die weite Streuung der Bevölkerung, die große Zahl von verschiedenen Stämmen und Sprachen, das Fehlen von Verkehrswegen und Transportmitteln, das tropische Klima und später die Unabhängigkeitsbestrebungen. Aber die christlichen Kirchen haben im Lande inzwischen einen festen Stand. Im allgemeinen wird ihnen sogar in Zeiten politischer Spannung Anerkennung für ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes und für ihre loyale Haltung ausgesprochen. Heute bekennen sich 62 Prozent der Kenianer zum Christentum. Die 3,2 Millionen Katholiken – 24 Prozent der Bevölkerung – bilden die größte Gruppe. Die anderen verteilen sich auf 47 protestantische und 156 unabhängige afrikanische Kirchen. 26 Prozent der Bevölkerung sind Anhänger von Naturreligionen, 6 Prozent sind Moslems (nach D.I.A., 29. August 1983).

Die beachtliche Entfaltung gerade der katholischen Kirche in Kenia fand offiziell Anerkennung durch die Einrichtung der *bischöflichen Hierarchie* im Jahr 1953, mit der Erzdiözese Nairobi und den beiden Diözesen Kisumu und Nyeri. Ein weiterer Schritt im Reifungsprozeß der Kirche im Land war die Ernennung des ersten einheimischen Bischofs, *Maurice Otunga*, im Jahr 1956.

Heute sind von den vierzehn Bischöfen zehn Einheimische, ebenso 241 der insgesamt 865 *Patres und Priester*. Am günstigsten liegt das Zahlenverhältnis bei den *Ordensschwestern*, von denen 741 von 1758 aus dem Land kommen (vgl. Internationaler Fidesdienst, 30. 4. 80). Wie in Lateinamerika so steht man auch in Ostafrika vor der Notwendigkeit, einheimischen Schwestern *Pfarreien* zur selbständigen Verwaltung zu geben. Aus dem Bestreben heraus, von ihren eigenen Landsleuten nicht durch unnahebare Konvente getrennt zu sein, wurden die Schwestern in die Pfarreien installiert und mit der Leitung der jeweiligen Gemeinden betraut. Die Vorbereitung dafür ist allerdings recht unterschiedlich. Die einheimischen Klosterschwestern stehen vor dem Problem, das *Bildungsgefälle* zwischen den älteren und den jüngeren Schwestern ausgleichen zu müssen. Haben die einen kaum eine Schulbildung genossen, so haben andere z. T. im Ausland studiert. „Up-Grading“ (Nachschulung) ist eines der derzeitigen Hauptprobleme der einheimischen Schwestern in Kenia.

Die katholische Kirche Kenias gehört im Vergleich zu anderen afrikanischen Ländern nicht gerade zu denjenigen, die die *Inkulturation* afrikanischer Bräuche vorantreiben, wie das z. B. auch in einem Interview anklingt, das der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz von Kenia, Bischof *Raphael Ndingi Mwana'a Nzeki* kürzlich gab: Auf dem Weg zur Verwirklichung der afrikanischen Kul-

tur im Christentum gebe es „viele Probleme und Hindernisse“, und oft gehöre „großer Mut“ dazu, denn für manchen Bischof, aber auch für Gläubige und Priester sei die Einbeziehung von traditionellen Riten und Gebräuchen z. B. in der Sakramentenspendung nicht annehmbar. Man müsse jedoch auch sehen, daß *gewisse Fortschritte* gemacht worden seien und man heute wenigstens „keine Angst mehr vor der eigenen Kultur“ habe (zit. nach Kathpress, 21. 7. 83). Auch innerhalb des Landes liegt die katholische Kirche im Vergleich zu den protestantischen Kirchen mit dem Prozeß der Afrikanisierung zurück (vgl. HK, November 1975, S. 575).

Bischöfe mit deutlichen Worten

Ein weiterer „wunder Punkt“ ist die *Pastoral in den Städten*, für die erst in den letzten Jahren ein Konzept entwickelt wurde. Wie aus einer jüngst erschienenen Studie hervorgeht (*P. Aylward Shorter* WV, Probleme von Stadtpfarreien in Kenia und Tansania; Zusammenfassung in: Weltkirche, 5/83, S. 131 ff.), ist es nicht zuletzt den Missionaren und hier insbesondere den *Weißten Vätern* zuzuschreiben, daß die Städte als Ziel der Pastoral so lange vernachlässigt wurden: „... die Missionare sahen die Städte als fremde Orte an, als sie in der Entwicklung begriffen waren“ (zit. nach ebd., S. 132). Auch nach der Einrichtung von Bischofssitzen in den Städten setzten die Weißten Väter ihren „Stadt-Boycott“ fort, „man war der Meinung, Städte seien sensible Orte, wo die afrikanischen Diözesanpriester bei der gerade erst unabhängigen und in der Stadt angesiedelten Verwaltung die Kirche am besten vertreten könnten“. Mittlerweile allerdings hat man die Verantwortung des Stadtapostolats erkannt, und auch die Weißten Väter haben 19 Prozent ihrer Mitarbeiter städtischen Pfarreien zugeteilt.

Hier wie auch auf dem Land hat man damit begonnen, einen Verwaltungsbereich in eine oder mehrere *kleine Gemeinschaften* aufzulösen, obwohl man die Schwierigkeit erkennt, daß eine „Volkskirche von Basisgemeinschaften“ nicht nur von oben her geschaffen werden kann. Beim Aufbau von Basisgemeinden versucht man die Entstehung von unten zu unterstützen und legt Wert darauf, daß sie zu den Kontaktstrukturen der Pfarrei in der Stadt in Beziehung bleiben.

Bischof *Caesar Gatimu* von Nyeri hat im Jahr 1979 einen eigenen Hirtenbrief herausgegeben, in dem er zur Erneuerung des christlichen Lebens „in echten christlichen Gemeinschaften“ aufrief. Eine sogenannte Dienstgruppe (Ministerial Group), bestehend aus Priestern, Ordensleuten und Laien, nimmt sich der Ausbildung von Laienführern an. Ein anderer Schwerpunkt der Seelsorge ist seit einigen Jahren die *Betreuung der Nomaden*, für die eigene Methoden der Seelsorge entwickelt werden müssen. Ein Informationsdienst „Apostolat unter den Nomaden“ wurde eingerichtet, der denen, die in diesem Bereich tätig sind, helfen will, Maßnahmen zu koordinieren und Erfahrungen auszutauschen (vgl. Mondo e Missione, 15. Februar 1983).

Noch vor wenigen Jahren war bei vielen Christen und auch beim katholischen Episkopat die Haltung vorherrschend, sich entweder aus *politischen Fragen* herauszuhalten oder die jeweilige Regierung zu unterstützen; ein Beispiel dafür bietet der Wahlhirtenbrief von 1974, in dem praktisch nur an diverse Bürgertugenden appelliert wird. Daß sich hier etwas geändert hat, machen *zwei Hirtenbriefe* aus jüngster Zeit deutlich.

Den Putschversuch vom 1. August 1982 nahmen die Bischöfe des Landes zum Anlaß einer Stellungnahme, in der sie sich „schockiert“ darüber zeigten, daß an Raub, Plünderungen und Diebstahl auch „eine beträchtliche Anzahl Leute“ beteiligt waren, „die sich selbst Christen nennen“ (Weltkirche, 8–9/82, S. 4). Ausdrücklich wandten sie sich darum an den Präsidenten und die anderen politischen Führer, sie mögen alles tun, um die Korruption „völlig auszumerzen“ und selbst der Nation ein Vorbild zu sein. Die Kenianer hätten es seit langem gelernt, in einer pluralistischen Gesellschaft zusammenzuleben und sollten deshalb auch in der Lage sein, ein *Programm der Erneuerung* auszuarbeiten, zu diskutieren und durchzuführen.

Noch pointierter werden die Bischöfe in ihrem am 22. August dieses Jahres veröffentlichten Hirtenwort zur Parlamentswahl, in dem vor allem drei Anliegen in den Mittelpunkt gestellt werden: das *Schulwesen*, die *Jugend Arbeitslosigkeit* und das Problem der *Abtreibung*. Nur diejenigen Politiker, die sich „unbeeinflusst von nichtafrikanischen Philosophien“ für den Schutz des ungeborenen Lebens einsetzten, dürften ins Parlament gewählt werden. Die derzeitige Situation im Land sei gekennzeichnet von Unsicherheit, „Uneinigkeit zwischen den Führern, andauernden Finanzskandalen und weit verbreiteter Korruption auf höchster Ebene“.

Kurzinformationen

Einiges Aufsehen erregte der erste Besuch eines Papstes in der Kirche der evangelisch-lutherischen Gemeinde Roms. Der Besuch – ursprünglich mehr per Zufall als mit fester Absicht vereinbart – fand am 11. Dezember, dem dritten Adventssonntag am frühen Abend statt. Höhepunkt war ein vom lutherischen Pastor der Gemeinde, *Christoph Meyer*, zusammen mit dem Papst gehaltenen Wortgottesdienst, bei dem der Papst von der Kanzel aus predigte, zusammen mit Pastor Meyer die Fürbitten sprach und den evangelischen Gläubigen den Segen spendete. Während der Besuch selbst in einer feierlichen und teilweise herzlichen Atmosphäre stattfand, hatte es im Vorfeld in der Gemeinde selbst und in ihrem Umfeld Kontroversen gegeben. Es gab Bedenken und Widerstände, letztere vor allem bei den italienischen Waldensern, die in der Geste des Papstes eine Vereinnahmung ihrer, der kleinen evangelischen Minderheiten durch das päpstliche Rom sahen. Pastor Christoph Meyer selbst hatte die spontane Bereitschaft des Papstes zum Besuch nicht gerade wohlwollend interpretierend, von einer „Selbsteinladung“ *Johannes Pauls II.* gesprochen. Und auch vom Lutherischen Weltbund in Genf kamen eher gereizte Töne. Der Papst trat bei dem Besuch äußerst

Stärker durch Straffung?

Mit einer drastischen *Verkleinerung seines Kabinetts* hat Präsident Moi auf das Wahlergebnis reagiert. Durch Zusammenlegung und Neuordnung wurde die Zahl der Ministerien von 28 auf 20 vermindert. Acht bekannte Gesichter fehlen in der neuen Mannschaft: fünf hatten kein Abgeordnetenmandat erhalten, drei in ihren Wahlkreisen erfolgreiche Minister wurden von Moi nicht mehr berücksichtigt.

Neuer Außenminister ist *Elijah Mwangale*, der bisher das Tourismus-Ressort leitete. Der wiedergewählte einzige weiße Abgeordnete, *Philip Leakey*, wurde einer seiner beiden Stellvertreter. Allerdings rangiert der Außenminister protokollarisch erst im Mittelfeld unter den Ministern, was sich auch daran zeigt, daß der bisherige Außenminister *Ouko* ohne Gesichtsverlust jetzt in das Arbeitsressort übergewechselt ist. Wirtschaftsfragen rangieren in einem Entwicklungsplan weit davor, so hat Moi zwei renommierte Bankfachleute in sein Kabinett berufen. Den einen, *George Saitoti*, bisher Chef der regierungseigenen Kenya Commercial Bank, mußte Moi unter Ausnutzung seiner präsidentiellen Prerogative erst zum Abgeordneten ernennen, um ihm Kenias wichtigstes Ressort, das Finanzministerium, anvertrauen zu können.

Nach der Wahl steht Moi genau dort, wo er vorher gestanden hatte, nur in *geschwächter Konstitution*. Vor der Wahl hatte er den Wählern gesagt, daß sie es sein würden, die mit der Wahl über ihre neue Führung entscheiden würden. Die Wähler aber haben mehr oder weniger die alte Führung wiedergewählt. Dieses Votum muß Moi nun respektieren, zwar nicht der Verfassung wegen, aber aus politischer Opportunität.

Cordelia Seng

bescheiden auf und hat damit wesentlich zur Entspannung eines noch stark belasteten geschichtlichen Klimas beigetragen. Allerdings vermied er es, auf das Unrecht, das die Päpste den nicht-katholischen Minderheiten in Rom zugefügt haben, direkt einzugehen, sondern beschränkte sich auf die Bemerkung, er wisse um die „schwierige Geschichte“ der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Rom und „um Licht und Schatten ihrer Entwicklung unter den Bedingungen dieser Stadt“.

Die Position des Vatikans zur Abrüstungsfrage legte Kardinalstaatssekretär *Casaroli* in einem Vortrag in San Francisco dar. *Casaroli*, der aus Anlaß der Verleihung des Ehrendoktors an der dortigen Jesuitenuniversität sprach, bezeichnete den Rüstungswettlauf grundsätzlich als Übel, da er auf Kosten der Völkern und der ganzen Menschheit betrieben werde. Das Problem der *Atomwaffen* verlange auf jeden Fall und mit absoluter Dringlichkeit eine *besondere Betrachtung*. *Abrüstung* müsse „umfassend, alle Nationen betreffend, ausgeglichen und mit der gegenseitigen Garantie der notwendigen Kon-